

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur
Fritz Henke
Druck: A. Dörflinger, Auerbach
K. Dörflinger, Auerbach
K. Dörflinger, Auerbach
K. Dörflinger, Auerbach

Abonnementspreise: Durch unsere Posten frei ins Haus monatlich 2.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 2.00 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 6.00 Mark, monatlich 2.00 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsabnehmer und Ausgabestellen, sowie alle Postenhalter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Rubrikenspreise sind in der Rubrik angegeben. Die Rubrikenspreise sind in der Rubrik angegeben. Die Rubrikenspreise sind in der Rubrik angegeben. Die Rubrikenspreise sind in der Rubrik angegeben.

Nr. 83.

Montag, den 11. April 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Aus Haus Doorn ist folgendes Telegramm eingetroffen: Die frühere Kaiserin ist heute früh um 6 1/2 Uhr sanft entschlafen.

Der Ausschuss des bairischen Landtages hat sich mit allen gegen die sozialistischen Stimmen für die Bewilligung eines Staatszuschusses zur Aufrechterhaltung der bairischen Einwohnerwehren, ausgesprochen.

Die französische Presse kündigt für den Fall, daß Deutschland bis zum 1. Mai die französischen Forderungen nicht erfüllt, die Befestigung des Ruhrgebietes und seine Bewirtschaftung durch Frankreich an.

Die Meldung der Chicago Tribune soll die deutsche Botschaft in Washington über die Botschaften vom Völkerbund im Juni (1) beantwortet werden.

Präsident Harding will eine internationale Konferenz nach Washington einberufen, zu der auch Deutschland geladen wird.

Mittelstand und Kommunalisierung.

Von Dr. Pöschke, Mitglied des Reichstages.

Die Sozialisierung, sowie die Volk- wie die Halbsozialisierung, die vorübergehend in den Vordergrund getreten war, rückt in die Ferne. Sie verbietet sich aus prinzipiellen und aus praktischen Gründen. Prinzipiell steht ihr das Bedenken entgegen, daß der Reinertrag in dem Maße sinkt, wie das persönliche Interesse daran ausgeschaltet wird. Praktisch ist die Gemeinschaft deshalb nicht möglich, weil wir in einer Zeit des Niederganges leben und weil der Feind seine Hand nach öffentlichem Besitz ausstreckt. Die Sozialdemokratie hat die Sozialisierung des Bergbaues nicht durchgeführt, als sie in der Regierung war. Sie wird sie jetzt, wo sie draußen steht, erst recht nicht durchführen. In ihrem eigenen Recken messen sich die Stimmen, die zur Vorkämpferin sind. Wir verweisen nur auf die kürzlich erschienene Broschüre von Max Cohen über Sozialismus und Kohlensozialisierung. Er hebt darin mit großem Nachdruck vor allem die Notwendigkeit einer Erhöhung der Produktion hervor, denn die beste Art der Verteilung führe zu nichts, wenn die Menge der erzeugten Güter ungenügend sei, und er schildert warnend die Folgen, die für die Partei eintreten müßten, wenn sich die Masse in ihren Erwartungen getäuscht fände.

Aber auch der Kommunalisierung werden enge Grenzen gezogen bleiben. In keinem Falle dürfen ihr feststehende Erzeugnisse des Mittelstandes zum Opfer fallen. Eine geistgeberische Aktion hat wirklich keine Güte. Die im Reichsministerium des Innern ausgearbeitete Vorlage kann bei der Fülle dringlicherer Aufgaben, die vom Reichstag noch bewilligt werden müssen, wohl zurückgestellt werden, bis eine reiflichere Ueberlegung stattgefunden haben wird. Einverleiben liegt dazu nur die Kritik der Sozialisierungskommission vor, und ihr eigener Vorschlag, der über den Rahmen des Regierungsentwurfs noch hinausgeht. Hat sich diese Kommission schon mit ihrem Gutachten über die Sozialisierung des Bergbaues in scharfem Widerspruch zur öffentlichen Meinung gesetzt, so tut sie es noch mehr, mit der von ihr empfohlenen Erweiterung der Kommunalisierung. Der Entwurf des Ministers Koch unterschied Wirtschaftsbereiche, auf denen die Gemeinden ohne Genehmigung der Landesregierungen kommunalisieren dürfen und solche Unternehmungen, bei denen dies nur mit Genehmigung möglich wäre. Genehmigungspflichtig sollte namentlich die kommunale Erzeugung, Beschaffung, Lagerung, Verarbeitung und der Vertrieb von Nahrungsmitteln und Genussmitteln sein, ebenso wie die Beschaffung, Lagerung und der Vertrieb von Brennstoffen. Das ging der Sozialisierungskommission nicht mehr weit genug; sie wollte auch die letztgenannten Betriebe, also die Bäckereien, Fleischereien, Kohlenhandlungen usw. der privaten Hand entziehen und für die öffentliche Bewirtschaftung freigeben.

Dergleichen muß auf das entschiedenste Widerspruch erhoben werden. Die Demokratie schätzt den Mittelstand. Sie will nicht, daß aus der Gesellschaftsstruktur die Mittelschichten ausgebrochen werden. Wir brauchen diese Kraftquelle für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes und darüber hinaus für alle Zeiten. Die Aufzucht der kleineren Betriebe durch den Großbetrieb soll nicht noch künstlich beschleunigt werden. Ueberdies zeigen die Erfahrungen, die man mit einer übertriebenen Kommunalisierung gemacht hat, wachsende nicht zur Nachahmung. Fast überall da, wo sozialistische oder gar kommunistische Mehrheiten das Rathaus beherrschen, hat die Ausdehnung des Gemeindebetriebes empfindlichen Schaden angerichtet. Die Preise sind nicht billiger, sondern teurer geworden, die Erträge nicht gesiegen, sondern gesunken. Statt daß die Betriebe sich selber tragen, mußten Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln geleistet werden. Derart sinn- und schmerzliche Ergeb-

nisse würden die Regel sein, wenn man den Vorkämpfern der Sozialisierungskommission folgen wollte. Es ist deshalb vom Mittelstand lebhaft begrüßt worden, als die Deutsche Demokratische Fraktion im Reichstag den Antrag einbrachte, daß bis zur Einführung eines Kommunalisierungsgesetzes alle den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand betreffenden Kommunalisierungen zu unterbleiben haben, damit ist eine Warnungstafel aufgerichtet worden für alle, die es angeht, und sie wird hoffentlich Beachtung finden. Was mit Nutzen kommunalisiert werden kann, das ist und wird auch ohne besonderes Gesetz kommunalisiert. Weite Gebiete aber entziehen sich der öffentlichen Bewirtschaftung und müssen dem Privatbetrieb erhalten bleiben. Nur so werden die Produktionsinteressen und zugleich die Rücksichten auf die menschenswerte gesellschaftliche Schichtung gewahrt.

Stegerwald preußischer Ministerpräsident.

Der preussische Landtag hat von Bentrums- abgeordneten und bisherigen Wohlfahrtsminister Stegerwald mit 293 von 388 abgegebenen Stimmen zum preussischen Ministerpräsidenten gewählt. Das Ergebnis der Abstimmung wurde vom Hause mit Beifall aufgenommen.

Dr. W. als ein Rotbeißer und nicht als Lösung des Problems ist am Sonnabend in der preussischen Landesversammlung die Wahl des bisherigen Wohlfahrtsministers Stegerwald zum Ministerpräsidenten erfolgt. Er ist berufen worden, weil man sonst überhaupt nicht mehr wußte, wie man aus der Dauerkrise herauskommen sollte, die am Tage nach den Neuwahlen begann. Immer und immer wieder hatte man sich im interfraktionellen Ausschuss der drei Parteien der bisherigen Koalition und darüber hinaus mit Beauftragten der Deutschen Volkspartei bemüht, auf eine gemeinsame Basis zu gelangen, auf der die neue Regierung gebildet werden konnte. An der Weigerung der Sozialdemokratie, mit den Deutschvölkern zusammenzugehen, sind diese Anstrengungen vergeblich geblieben und so kam man denn auf den Gedanken, zunächst einmal den Ministerpräsidenten zu wählen, und es ihm zu überlassen, sich unabhängig von den Parteien sein Kabinett zusammenzustellen. Die Sozialdemokratie hatte schon vorher auf das Ministerpräsidium offiziell verzichtet, da es ihr nur eine Würde und keinen Vorteil zu bedeuten schien, und da die Demokraten ebenfalls kein Begehren nach diesem Posten trugen, kam man auf das Bentrum, und in ihm anstatt auf den zuerst vorgeschlagenen Dr. Pöschke wie gesagt auf Stegerwald. Und sich seine Wahl übrigens ein Sieg des demokratischen Gedankens, weil hier zum ersten Mal einem Ministerpräsidenten die freie Hand zur Zusammenstellung seiner Regierung gelassen wird. Man weiß, daß es bisher im Reich wie in den Einzelstaaten bedauerlicherweise regelmäßig bei bekannten Welterhandlungen zwischen den Parteien gegeben hat, der ja auch jetzt wieder in Preußen erst in jeder Beziehung ausprobiert wurde, ehe man sich zu dem besseren Wege entschied. Stegerwald wird nun sich seine Männer aussuchen haben. Man glaube aber nicht, daß das eine Arbeit weniger Tage sein wird. Wir sprachen schon oben davon, daß keine Lösung des Regierungsproblems, sondern nur ein Ausweg aus der Sackgasse gefunden worden ist. Aber man sagte Stegerwald schon am Tage seiner Wahl nach, daß er die Sache machen werde, und vor allem ein Programm aufstellen würde, gegen das weder von deutschvölkerteiliger noch von sozialdemokratischer Seite wirklicher Widerspruch erhoben werden könne. Die Sache ist nur die, ob die Mehrheitssozialdemokratie dann im entscheidenden Moment auch ein noch so gutes Programm für gleichbedeutend mit seiner Durchführung hält und so begeistert von ihm ist, daß sie das eine Beteilnderseln mit der Deutschen Volkspartei innerhalb der Regierung daraufhin für erträglich ansieht. Aber einer der Gründe für die Wahl Stegerwalds war ja seine Herkunft von den Gewerkschaften und der Gedanke, daß er nach links hin eher anknüpfen könne als mancher andere. Es wird sich zeigen müssen, ob das durch die Tatsachen bestätigt wird.

Stegerwald sßert.

Wie die Bentrums-Parlaments-Korrespondenz berichtet, hat sich Wohlfahrtsminister Stegerwald die Entscheidung über die Annahme seiner Wahl zum Ministerpräsidenten vorbehalten, bis es ihm gelungen ist, ein Kabinett zu bilden. Er hofft, in etwa einer Woche das neue Kabinett gebildet zu haben.

Deiner Präsident des preussischen Landtages.

Der preussische Landtag nahm Sonnabend die endgültige Wahl des Präsidenten vor. Die Wahl erfolgte durch Juroren. Die vorläufig gewählten Abgeordneten, Deiner als Präsident, Dr. Pöschke, Dr. v. Kries und Warmisch als Vizepräsidenten, wurden in ihren Ämtern bestätigt. Dann folgte die Wahl des Ministerpräsidenten.

Die Verordnungen über die Rheinzollgrenze.

Aufrechterhaltung der Ein- und Ausfuhrregelung.

Das Reich hat über die neue Zollgrenze am Rhein eine Note, in der gesagt wird: Die Interalliierte Rheinlandkommission hat folgende Verordnungen getroffen:

1. Die an den alten Grenzen erhobenen Zölle sind dieselben wie die, die vor dem Inkrafttreten der von der Londoner Konferenz beschlossenen Sanktionen erhoben wurden.

2. Die bei der Einfuhr in das besetzte Gebiet an den neuen Grenzen erhobenen Zölle werden nach dem deutschen Tarif, der auf ein Viertel herabgesetzt wird, erhoben.

3. Die am Ausgang des besetzten Gebietes nach dem nicht besetzten Deutschland erhobenen Zölle werden nach dem deutschen Tarif festgesetzt oder in Papiermark, d. h. sie betragen ungefähr den zehnten Teil der Zollhebung in Goldmark. Die Regeln betreffend den Durchgangsverkehr der importierten Waren sind erlassen worden, um die Handelsbeziehungen zwischen den Nationen zu erleichtern.

Der in Abhängigkeit von der Oberkommission eingesetzte leitende Ausschuss der Zölle ist mit der Leitung des Personals und mit der Ausführung der von ihm festgesetzten Bestimmungen betraut. Die Anwendung der Sanktionen gegen Zollhinterziehungen wird durch die juristischen Instanzen der Besatzungsarmee festgesetzt. Die Interalliierte Oberkommission der besetzten Rheinlande behält sich vor, an diesen an der alten und der neuen Grenze aufgestellten Zolltarifen jedesmal, wenn sie es für nötig hält, Änderungen zu treffen. Was das Regime der Aus- und Einfuhr betrifft, so hat die rheinische Oberkommission entschieden, daß die Einschränkungen der deutschen Besatzungsarmee provisorisch an der alten Grenze aufrecht erhalten bleiben, daß sie aber auch gleichzeitig an der neuen Grenze angewandt werden. Das wirtschaftliche Komitee der Oberkommission in Koblenz wird beauftragt mit der Leitung des deutschen Ein- und Ausfuhrdienstes. Ein- und Ausfuhrerlöse müssen auch weiterhin durch die rheinischen Export- und Importeure an diese Stelle gerichtet werden. Die Strafen des Besatzungsheeres sind mit der Anwendung der erlassenen Strafmaßnahmen für Verstöße betraut. Die Strafen können bis zu 5 Jahren Gefängnis und 500 000 Mark Geldstrafe betragen.

Die Kölner Zeitung meldet, daß die interalliierte Rheinlandkommission beschließt, das Kölner Kommissariat für Ein- und Ausfuhr nach Bad Ems zu verlegen. Die Stelle in Ems soll in Zukunft dazu berufen sein, ohne Rücksicht auf die rechtsrheinischen Handels- und sonstigen Dienststellen ausschließlich über die Ein- und Ausfuhr im besetzten Gebiet zu entscheiden.

Frankreichs vierzigjähriger Krieg.

St. Trotz aller schlimmen Zeichen, die die Entwicklung in Deutschland und noch mehr die in Deutschland im Gefolge der Friedensschlüsse von Versailles und St. Germain dem unbereinigten Beobachter sozusagen Tag für Tag erbrachte, hat in der Welt doch immer wieder die schöne Geste gewirkt, mit der man sich in Frankreich als Hüter des wahren Friedens aufspielte. Möchten in Mitteleuropa Zehntausende von Kindern und Müttern verkommen oder Hungers sterben, möchte die Schuldenlast beider Länder ins Ungeheuerliche steigen und die Auswüchse auf eine wirtschaftliche und politische Wiebergeburt im gleichen Maß schwinden. — Frankreich wußte die anderen Völker und Regierungen immer wieder dadurch zu befähigen, daß es nichts als sein Recht und die Ruhe in Europa suchte. Diese Politik hat jetzt von berufenster Seite einen schweren Stoß erlitten. Clemenceau, der geistige und praktische Urheber der ungeheuerlichen Katastrophe, die über Deutschland und damit den ganzen Erdteil immer drohlicher heraufzieht, ist von der Weltreise, die er freiwillig unfehlbar antrat, als man ihm das Schicksal mit der Präsidentenwohnung so unerwartet verschloß, zurückgekehrt und läßt sich allseitig in bedeutendster Weise vernehmen. Er hat zu einem Buche seines Hauptmitarbeiters Tardieu, in dem der Friede gegenüber dem bösen Willen Deutschlands verteidigt wird, eine Vorrede geschrieben und darin gesagt: Friede? Davon ist nicht die Rede. Davon kann sogar solange nicht die Rede sein, als bis alle Forderungen Frankreichs erfüllt sind. Und erfüllt können sie nur werden durch kriegerische Tätigkeit. In der französischen Presse ist im Anschluß an die Rede Briands mit ihren Ankündigungen neuer Vergewaltigungen das Bestreben zutage getreten, abzubreiten, daß es sich tatsächlich um einen neuen Krieg gegen Deutschland dabei handelt. Dieser Verschleierungstakt macht jetzt der Thier mit gewohnter Rücksichtslosigkeit ein Ende, und die Welt kann jetzt in aller Klarheit feststellen, worauf es Frankreich und seiner Regierung allein ankommt. Vierzigjähriger Krieg! Ist die Parole, denn zweihundertzig Jahreszahlungen hatten die Pariser Sachverständigen bis zur endgültigen Begleichung der deutschen Kriegs-

ie.
nt!
halt!
attung!
ise.
ein Au
rney
werden hier
er Turne
10. Apr
1/2, 10 Uhr
uldenfall
rtrag
a Britanni
aus Döbel
mittelst
nsober. Verh
ohnungsgele
elig ro.
Mit-Mu
ung,
Mit-Mu
ng.
die wichti
recht 107
wortst. B
Vorl.
mlun
Stadt U
Vortrag un
1919/1920
Verf. liehen
eingelade
Vorliegen
cht,
Erwachien
r,
ferentorium
straße 41.
andlung mit
che
men.
Refer gemad
V.
e. Hne.
April, abent
Kasse Georg
Anmeldung
e häßt mit
ma Bittel mit
inen
enmann
of Au
rsstube
Separat.
brauchte
OS,
el,
moniums
r. Pianos
nolas
Private und
erwärtet
ze,
ickau, Sa
he 6.
1921.